

MARKUS KRALL



**VER
ZOCKTE
FREI
HEIT**

**WIE DIE HYBRIS UNSERER ELITEN
DIE ZUKUNFT UNSERES KONTINENTS VERSPIELT**

FBV

© 2020 des Titels »Verzockte Freiheit« von Markus Krall (ISBN 978-3-95972-333-6) by FinanzBuch Verlag,
Münchner Verlagsgruppe GmbH, München. Nähere Informationen unter: www.m-vg.de

VORWORT NEUAUFLAGE 2020: DIE MÄR VOM MARKTVERSAGEN

Fast sechs Jahre sind vergangen, seit »Diogenes Rant« im Februar 2014 seine Erfahrungen als Berater von Banken, Versicherungen, Regierungen und Aufsehern zum Anlass für eine Kritik der Handhabung der Finanzkrise durch die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft genommen hat. Es war ein einfaches, süffiges Narrativ, mit dem uns die Mächtigen versorgten, als 2007/2008 das Schiff des Weltfinanzsystems auf Grund gelaufen war und es ließ sich neben dem lauten und undifferenzierten Bankenbashing (Die »Gierbanken«) mit einem einzigen Wort zusammenfassen: »Marktversagen«.

Der böse schlimme Markt hat es angerichtet. Die Politik musste es wieder richten.

Markt: Böse. Staat: Gut.

Die Finanzkrise wurde von den Regierenden als Gelegenheit gesehen, die Arbeitsteilung zwischen Staat und freier Marktwirtschaft grundlegend neu zu justieren. Seitdem haben wir einen beispiellosen Marsch weg von der Freiheit hin zum Sozialismus erleben müssen. Die Bankenindustrie wurde totreguliert. Eine Energiewende wurde eingeleitet, die in Wahrheit eine unverantwortliche Halse war. Man stieg aus allem aus, was zum Überleben unserer einst funktionsfähigen Marktwirtschaft unverzichtbar war: Atomkraft, Kohle, Braunkohle. Die Abgabenlast in Europa und insbesondere in Deutschland wurde auf immer neue Höhen geschraubt, im Namen des Klimas wird

die Autoindustrie in Deutschland ruiniert, Dieseleigentümer durch Fahrverbote faktisch enteignet.

Die Europäische Zentralbank betreibt im Konzert mit den anderen großen Zentralbanken und dem internationalen Währungsfonds einen planwirtschaftlichen Geldsozialismus, bei dem der Fokus nicht mehr darauf liegt, die Wirtschaft mit wertstabilem Geld zu versorgen. Vielmehr versteht man sich als Rettungsnotruf für die unverantwortliche Fiskalpolitik. Der Keynesianische Trugschluss, dass man die Wirtschaft über den Zinssatz steuern könne, erreichte mit der Einführung von Negativzinsen ein neues Niveau auf der Fieberkurve des Machbarkeitswahns. Neuerdings möchte die neue EZB-Präsidentin Lagarde die Geldpolitik noch weitergehend instrumentalisieren, indem sie fordert, die EZB müsse im Sinne der Klimasekte »grün« werden und dabei helfen, hehre Klimaziele zu realisieren. Da fragt man sich, warum man nicht gleich eine 16-jährige auf den Chefsessel in der Frankfurter Zwingburg gesetzt hat.

Die Europäische Union, niemals verlegen um neue Ideen der bürokratischen Hybris, fordert den ökologischen Umbau des Finanzsystems unter der Flagge der »nachhaltigen Finanzwirtschaft« und gebiert im Labor des wirtschaftspolitischen Doktor Frankenstein die Idee, die Kapitalsteuerung der Banken um Faktoren wie Klimaschutz zu erweitern. Später hängen wir dann vielleicht noch Elemente wie Gendermainstreaming und Migrationsförderung an die Scorecard unternehmerischen Wohlverhaltens. Das totalitäre chinesische System des »Social Scoring«, bei dem jeder Bürger hinsichtlich seiner Anpassung an das System bewertet, belohnt und bestraft wird lässt grüßen.

Flankiert wird der Marsch in die sozialistische Planwirtschaft durch Meinungssteuerung, neue Mechanismen der Zensur in den sozialen Medien (»Netz-DG« und »Uploadfilter«) und die Polarisierung der

politischen Debatte, bei der jeder, der es wagt nicht konform mit dem neuen Klimasozialismus zu gehen, im »braunen Sumpf«, der »rechten Ecke« oder kurz und schlicht als »rechts« oder »Nazi« verortet wird. Die freiwillige Selbstgleichschaltung der Staatsmedien und eines großen Teils der privaten Medien tut dann ihr Übriges.

All das findet seine propagandistische Wurzel in dem einen Wort vom »Marktversagen«, das die machtbesoffene Politik 2008 als Blankoscheck für den neuen Interventionismus auf den Kassentresen der politischen Debatte gelegt hat.

Aber dieser Scheck ist nicht gedeckt. Die Behauptung, dass die Krise 2007/2008 die Folge von Marktversagen gewesen sei, ist eine faustdicke Lüge. In Wahrheit war es die Folge von Politik- und Staatsversagen, die den Weg in das Desaster geebnet hat. Angefangen vom Clinton Community Re-Investment Act, der Banken zwang Kredite an nicht kreditwürdige Schuldner zu vergeben über die Flutung der Kapitalmärkte mit billigen Geld zur »Bereinigung« jeder Anpassungskrise bis zum Einsatz von Fannie Mae und Freddy Mac durch den Aufkauf von Verbriefungen im Umfang von hunderten Milliarden Dollar, die man mit dem von der SEC, also der US-Börsenaufsicht, zum Monopol gepamperten Ratingagenturen mit »AAA« bewertet hatte und dem Ankauf durch staatliche Landesbanken ziehen sich die Fingerabdrücke der Politik durch die Vorbereitung dieser Krise.

Es war die Politik, die alle Steinchen so gelegt hat, dass die Krise unvermeidlich wurde. Als das Kartenhaus zusammenbrach, fand man mit dem Schlachtruf »Marktversagen« flugs einen Schuldigen, der sich nicht wehren konnte. Dieser Betrug der politischen Klasse ebnete den Weg für den Marsch in die neue Staatswirtschaft, die heute unseren Wohlstand zu ersticken droht.

Und nun, nach 12 weiteren Jahren fehlgeleiteter Politik stehen wir wieder vor einer Krise. Sie hat sich lange aufgestaut und ihre Entladung ist unvermeidlich. Wenn wir jetzt nicht aufwachen, wird auch diese Krise, die die Folge der Geld- und Wirtschaftspolitik ist, wieder dem Markt angelastet werden. Zu Unrecht.

Das gilt es zu verhindern, denn diese Lüge soll den Weg in eine sozialistische Republik a la DDR ebnen. Deshalb ist die Neuauflage von »Verzockte Freiheit« wichtig, denn die Lüge vom Marktversagen muss dokumentiert und verbreitet werden. Diesmal unter meinem Klarnamen.

Markus Krall, im Dezember 2019

VORWORT VON ABTPRIMAS NOTKER WOLF

Papst Franziskus hat jüngst mit seinem Schreiben »Evangelii Gaudium«, einer Art Regierungserklärung, die internationale Wirtschaft und Finanzwelt angegriffen: »Diese Wirtschaft tötet.« Sie habe zu einer Globalisierung der Gleichgültigkeit geführt, welche die Armen an den Rand dränge und ausschließe. »Während die Einkommen einiger weniger exponentiell steigen, sind die der Mehrheit immer weiter entfernt vom Wohlstand dieser glücklichen Minderheit. Dieses Ungleichgewicht geht auf Ideologien zurück, die die absolute Autonomie der Märkte und die Finanzspekulation verteidigen.« Er fordert zu einer »neuen Mentalität auf, die in den Begriffen der Gemeinschaft und des Vorrangs aller gegenüber der Aneignung der Güter durch einige wenige denkt. Er fordert zu Solidarität auf, die »die soziale Funktion des Eigentums und die universale Bestimmung der Güter als Wirklichkeiten erkennt, die älter sind als der Privatbesitz«. Sie müssten dem Gemeinwohl dienen. Aber »die Gier nach Macht und Besitz kennt keine Grenzen«. Der Mensch sei aus dem Blickfeld geraten, »das Geld muss dienen und nicht regieren!«. Er »ermahnt zur uneigennütigen Solidarität und zu einer Rückkehr von Wirtschaft und Finanzleben zu einer Ethik zugunsten des Menschen«, nicht nur des Individuums, sondern der Gesellschaften.

Das sind deutliche Worte des geistlichen Oberhauptes einer 1,2-Milliarden-Gemeinschaft. Von einer anderen Seite her, von einer Analyse der Finanzkrise und der europäischen Finanzschwierigkeiten, kommt nun der Autor der vorliegenden Untersuchung zu einer ähnlichen Auffassung. Der Kapitalismus sei zwar weniger sozial zu zähmen, aber man müsse ihm endlich das Wertekorsett zurückgeben,

das ihn einmal so erfolgreich gemacht hat. Denn es muss auch Unternehmer und Banker geben, die das Geld erwirtschaften, das wir teilen sollen. Auch Diogenes Rant geht es um die Einbindung des Kapitals in einen größeren Rahmen, er bricht die Solidarität in das konkrete und praktisch realisierbare Prinzip der Gegenseitigkeit herab, ein Prinzip, das wir von den Versicherungen und den Genossenschaftsbanken her kennen. Er weitet es aus auf den überschaubaren und kulturell halbwegs einheitlichen europäischen Rahmen. Zwar sind die Kulturen auch in Europa unterschiedlich. Aber das Wesen der Südländer hat durchaus etwas Sympathisches an sich. Der Mensch ist eben nicht nur zum Arbeiten und zur Geldvermehrung geboren, sondern auch, um das Leben zu genießen. Die Vielfalt der Kulturen ist kein Hindernis, sondern eine enorme Chance und Bereicherung. An unserem Wesen kann die Welt nicht genesen, an dem der anderen allerdings auch nicht. Die Solidarität, das Miteinander freier, selbstständiger Kulturen macht es aus. Dieses Miteinander zu gestalten, ist freilich eine langwierige und mühevoll Aufgabe.

Dem Leser wird auch eine Analyse der Finanzkrise zugemutet, wenngleich in einer plausiblen Weise. Dafür sind wir dem Autor dankbar. Aber mehr noch für seine Verteidigung der Freiheit. Sie erst macht den Kern der Würde des Menschen aus. Aus ihr wächst die solidarische Verantwortung, sie erst garantiert die Gestaltung einer wirtschaftlichen und politischen Entwicklung für die Zukunft. Diese Freiheit ist von ihrem Begriff her nie gesichert. Sie muss sich selbst sichern, indem sie immer wieder gegen Bevormundung aufbegehrt und das Versagen von Entscheidungsträgern offenlegt. Die individuelle Freiheit muss sich in ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl selbst die Zügel anlegen und ihre Grenzen erkennen. An der Wurzel der Finanzkrise stand menschliches Versagen, vom Autor aufgefächert in die sieben Todsünden Eitelkeit, Gier, Begehren, Zorn, Maßlosigkeit, Neid und Trägheit. Diese Sünden gefährden sowohl die Manager als auch die Masse der Bevölkerung. Gerade bei den Eliten,

den Entscheidern an der Spitze, fehlten die Tugenden der Wahrhaftigkeit, der Ehrlichkeit, der Bescheidenheit und des rechten Maßes, oder schlichtweg Anstand, Selbstachtung und die Achtung gegenüber anderen.

Diogenes Rant schreibt eine Polemik, er ruft zur Empörung auf. Wird er ein einsamer Rufer in der Wüste bleiben? Der Papst ist nicht weniger polemisch, wenn er seine Stimme gegen das gegenwärtige kapitalistische System und gegen die globale Gleichgültigkeit erhebt. In den ersten Jahren der Finanzkrise war oft der Ruf nach einem neuen ethischen Bewusstsein in der Wirtschaft zu hören. Der Ruf verstummte immer mehr. Es läuft längst wieder alles in alten Bahnen. Umso notwendiger sind prophetische Rufer, die uns nicht in eine falsche Ruhe fallen lassen, die uns aus einer falschen Sicherheit herausholen. Mögen andere sich dadurch animiert fühlen, sich ebenfalls zu erheben und sich zu empören. Die römischen Kaiser wussten, wie sie ihr Volk einlullen konnten: panem et circenses – gebt ihnen Brot und Zirkusspiele. Dagegen braucht es den Aufstand. Alle wollen Freiheit; doch dieses Verlangen kann sehr unbequem werden. Freiheit haben wir nie auf Dauer, sie muss stets neu erkämpft werden. Möge der Autor viele Verbündete finden zur Erhaltung der Freiheit für uns alle.

Abtprimas Notker Wolf OSB

PROLOG

EMPÖRT EUCH!

»Wenn Freiheit überhaupt eine Bedeutung hat, dann die, den Leuten sagen zu dürfen, was sie nicht hören wollen.«

George Orwell

Die Dinge sind in Umwälzung. Die Geschwindigkeit der Veränderung korrespondiert mit der zunehmenden Geschwindigkeit, mit der Krisen aufeinanderfolgen. Und deren innere Verknüpfungen und Wirkungszusammenhänge erscheinen immer mehr Bürgern immer weniger durchschaubar. Die Krise wird daher als Dauerzustand, als Kontinuum wahrgenommen, welches als dumpfe Bedrohung in die Köpfe der Menschen eingedrungen ist.

Diese Bedrohung erzeugt Angst.

Angst ist der beste Nährboden, nicht für ökonomischen Fortschritt und kreative Zerstörung durch den freiheitsliebenden und innovativen Unternehmer, sondern für politische Kräfte, die sie ausnutzen und den Menschen einen neuen Deal vorschlagen: Tausche Freiheit gegen Sicherheit. Dieser Deal ist trügerisch. Bereits Thomas Jefferson wusste ihn korrekt einzuschätzen, indem er klug feststellte: »Wer glaubt, Freiheit gegen Sicherheit eintauschen zu können, wird feststellen, dass er am Ende beides verliert.«

Tausche Freiheit gegen Sicherheit

Heute kommen die Feinde unserer Freiheit im Gewand der »pragmatischen Krisenmanager« daher. Sie sind schlau genug, den Deal Freiheit gegen Sicherheit nicht offen auszusprechen. Stattdessen schaffen sie in Situationen der krisenhaften Zuspitzung Fakten durch Regelbrüche, die zwar für jedermann offensichtlich mit dem Prinzip der Freiheit im Konflikt stehen, die aber als »alternativlos« verkauft werden: »Ja, wir wollen das ja auch nicht, aber wir müssen jetzt mal in den sauren Apfel beißen und morgen wird alles wieder gut.«

Diese Damen und Herren sind die Zielscheiben für die vergifteten Pfeile einer Polemik, die keine »Gefangenen« macht. Behaltet euren sauren Apfel und beißt selber rein.

Friedrich von Hayek, einer der großen Verteidiger der Freiheit, hatte erkannt, dass eine Einschränkung der Freiheit die nächste nach sich zieht. Der freiheitsliebende Bürger sucht Wege, die Einschränkung zu umgehen. Der Feind der Freiheit in Gestalt interventionistischer und staatsgläubiger Politik zieht nach und sucht die Umgehung durch neue Einschränkungen der Freiheit wirtschaftlichen Handelns zu verhindern.

Ein Rüstungswettkampf. Über viele Jahre hielt sich dieser Wettkampf in einer Art Gleichgewicht, aber als Anfang der 1980er-Jahre endlich die Proponenten der Freiheit in der Wirtschaftspolitik ein Übergewicht erlangten, war das Ergebnis eine nie gesehene Steigerung des Wohlstands.

Der trügerische Sieg des Neoliberalismus

Allerdings war dieser Sieg liberaler Wirtschaftspolitik trügerisch. Er konnte nicht von Dauer sein, weil er sich auf ein »enrichissez vous«, ein »Bereichert euch!« reduzierte, welches fundamentale Prinzipien der Ordnungspolitik missachtete. Freiheit wurde getrennt von Verantwortung, und das mit fatalen Folgen.

Das Wachstum der Wirtschaft und des Welthandels führte – wie bisher stets in der Vergangenheit zu beobachten – zu einem überproportionalen Wachstum des Finanzsektors. Die »Besten« und Bestausgebildeten strömten in diesen Sektor, um vom Boom überproportional zu profitieren. Man hatte sie alles gelehrt, was das moderne effiziente Bildungssystem hergibt. Die Elite der Wirtschaft sonnte sich im schnellen Reichtum mithilfe von Finanzprodukten, deren Komplexität und Vernetzungseffekte sie nicht annähernd verstand.

Das resultierende Risiko für das Gesamtsystem wurde gedanklich abgewälzt auf die »unsichtbare Hand« des Marktes. Verantwortung für das Ganze? Das war etwas für Schwächlinge und Warmduscher. Für Regeln oder gar eine ethische Verantwortung galt das Gleiche. Moral verkam zum Schimpfwort. Und vom Verlust der Moral zur Überschreitung rechtlicher Normen ist es nur ein winziger Schritt, wie uns der LIBOR-Skandal schmerzhaft vor Augen geführt hat.

25 Jahre lang glaubte man, mit Ethikkursen im MBA diesen Auswüchsen vorbeugen und Selbstoptimierung unter der Nebenbedingung von Ethik und Gemeinwohl erreichen zu können. Diese Kurse bringen einem allenfalls bei, wie man die obligatorischen Web-basierten Multiple-Choice-Tests zu »Gender Policy«, »Anti-Harassment Program« und »Equal Opportunities Principles« schnellstmöglich unfallfrei abarbeitet, wie weit man gehen kann und ab wo man sich nicht mehr erwischen lassen darf.

Man hätte die Betroffenen wahrscheinlich besser in der Phase jugendlicher Prägung am Sonntag in die Kirche geschickt. Das ist zwar kein Garant für ein funktionierendes Gewissen, stärkt aber immerhin den moralischen Kompass im Sinne eines inneren Instinkts, wenn man befürchten muss, dass einem eine höhere Macht über die Schultern schaut.

Stattdessen hat man unter dem Mäntelchen »ethischer Pluralität«, die nichts anderes meinte als weltanschauliche Leere und Beliebigkeit, zugelassen, dass sich die Verantwortung in Lippenbekenntnissen erschöpft, in oberflächlicher »Compliance« und dem neuesten Produkt der Spin-Doktoren, der »Corporate Social Responsibility«, kurz CSR. Aber wo kein Rückgrat vorhanden ist, da wird auch keines durch die Hochglanzpräsentationen von Imageberatern eingezogen.

So wurden wir Zeugen eines epochalen Elitenversagens.

Aber warum versagen Eliten?

Eliten bestehen aus Individuen, die sich unter den Rahmenbedingungen, die sie vorfinden, selbst optimieren. Die Elite, die uneigennützig und rein am Gemeinwohl orientiert altruistische Entscheidungen trifft, ist rar. Und die sich in den letzten zwei Generationen rapide wandelnden oder erodierenden Wertegerüste der Gesellschaft sind nicht gerade geeignet, solche Eliten hervorzubringen.

Die Trennung von Eigentum, Kontrolle und Verantwortung

Fragen wir also nach den Rahmenbedingungen, die dieses Versagen ermöglicht, ja sogar mit positiven Anreizen versehen haben. Wir finden diese in der gesetzlich verordneten Governance der Unternehmen, insbesondere der Aktiengesellschaften, wo in unfassbarer

Konsequenz eine Trennung von Eigentum und unternehmerischer Verantwortung stattgefunden hat.

Die Politik hat es seit Jahrzehnten versäumt, sicherzustellen, dass angestellte Manager den Eigentümern gegenüber, also den Aktionären, auch wirklich verantwortlich sind. Da nützt alles Gerede von Shareholder Value nichts, wenn der Aktionär keine Möglichkeit hat, Versagen und Selbstbereicherung des Managements mit Sanktionen zu belegen, zumal er oft genug erleben muss, wie beides gleichzeitig passiert.

Warum ist dieser Punkt so wichtig? Weil er an den Grundfesten des Verständnisses von Eigentumsrechten rüttelt. Die Rechte am Eigentum sind der Motor einer Marktwirtschaft. Artikel 14 des deutschen Grundgesetzes stellt lapidar fest: »Eigentum verpflichtet.« Was aber, wenn die Eigentümer gar nicht mehr die Verfügungsgewalt über das haben, was ihnen gehört? Da steht schließlich nicht: »Management verpflichtet.«

Die Trennung der Verfügung über das Eigentum von seinen eigentlich Berechtigten, der Verlust der Kontrolle über seine Früchte, zieht daher eine Trennung von Eigentum und Verantwortung geradezu zwingend nach sich.

Ohne Eigentum gibt es keine wirtschaftliche Freiheit. Ohne wirtschaftliche Freiheit stirbt auch die politische Freiheit. Lenin hatte das erkannt und deshalb das Eigentum erst diskriminiert (»Eigentum ist Diebstahl«) und später abgeschafft, um die Freiheit mit ihm abzuschaffen.

Deshalb mündet die Abschaffung klarer Eigentumsrechte in der Verantwortungslosigkeit.

Heute wird gerne der Shareholder-Value-Gedanke zum Sündenbock für die Krise gemacht. In Wahrheit haben wir nicht zu viel, sondern zu

wenig davon, weil wir den Shareholdern die Kontrolle über ihr rechtmäßiges Eigentum entzogen haben, um sie einer Funktionärskaste, die oft genug primär ihre eigenen Interessen verfolgt, zu übertragen.

Es ist genau diese Mechanik, die einer vom Markt nicht mehr gezügelten neuen Form der Gier überhaupt erst Raum gegeben und so die Krise vorbereitet hat. In dieser Welt muss man ein Unternehmen nicht zum Erfolg führen, um sich zu bereichern.

Das ist fatal.

Welche Zusammenhänge dann fast ebenso zwingend zur Finanzkrise und ihr nachfolgend zu einer epochalen Wirtschafts- und Staatsfinanzkrise geführt haben, dazu später mehr.

Aber es lohnt sich, bereits an dieser Stelle die Folgen zu betrachten, die sich aus dem Versagen unserer Finanzelite ergeben haben. Es gab ein komplexes Zusammenspiel aus Politikversagen, Fehlanreizen in der Finanzwirtschaft durch falsche Regulierung und monopolistische Strukturen sowie gravierende Interessenkonflikte bei den Ratingagenturen. Letztere spielen als zentrale Informationsversorger der Finanzindustrie eine sehr wichtige Rolle.

All das wurde flugs von schnell redenden politischen und medialen Akteuren zum »Marktversagen« reduziert.

Sorry, Herrschaften, aber der Markt kann nur dann versagen, wenn er vorher auch bestimmt hat, wo es langgeht.

Marktversagen war das Stichwort, das die Feinde der Freiheit aus ihren Bunkern lockte, wo sie während des jahrzehntelangen Siegeszugs des Liberalismus überwintert hatten. Und was sie anzubieten haben, klingt so eingängig, so verführerisch einfach, dass der Zeitgeist quasi

über Nacht konvertierte und damit jede noch so unqualifizierte Forderung zur Einschränkung wirtschaftlicher Freiheit Gehör findet, wenn sie nur mit den Begriffen »Kontrolle der Auswüchse des Marktes«, »Gerechtigkeitslücke« oder »Primat der Politik« garniert wird.

Dabei hat sich in der deutschen und europäischen Politik zunehmend eine ganz bestimmte Klasse von Akteuren an den Hebeln der Macht etabliert, die entweder schon immer freiheitsfeindliche Instinkte hatten oder deren karrieregetriebener Opportunismus sie die Zeichen der Zeit erkennen und ihr Fähnlein nach dem Wind schwenken ließ.

Ein Mangel an Verständnis der ökonomischen Grundzusammenhänge erweist sich in diesem Zusammenhang übrigens als ausgesprochen hilfreich. Wer will sich schon durch Fakten beschweren, wenn doch die eingeschlagene Richtung ohnehin alternativlos ist.

Beruhigt lehnt sich Otto Normalverbraucher zurück. Es geht ja nicht um seine Freiheit, wie er sie versteht. Es geht ja anscheinend nur um die Freiheit der »Besserverdienenden«, der »Bosse«, der tatsächlichen oder vermeintlichen Steuerhinterzieher, die ihren Teil zum Gemeinwohl nicht beitragen wollen. Es geht ja zum Glück nicht um die Freiheit der Rede, der Demonstration am Tag der Arbeit und der Wahl seines Lieblingsklubs in der Bundesliga.

Wirtschaftliche Freiheit und politische Freiheit

Doch das ist ein Irrtum. Freiheit kann man nicht teilen, und sie stirbt zentimeterweise. Verlieren wir die wirtschaftliche Freiheit, dann folgt unweigerlich auch der Verlust der politischen Freiheit, der individuellen Persönlichkeitsrechte, der Freiheit der Rede und des Gewissens. Erste Anzeichen dafür sind bereits unübersehbar. Mitglieder der politischen Kaste sprechen im kleinen Kreis ganz unverhohlen von »Ele-

menten des Modells China«, wo Effizienz herrscht statt Demokratie und »Top-Down« entschieden wird. Man spricht von den Notwendigkeiten, »diesen Wettbewerb zu bestehen«, und glaubt anscheinend nicht mehr fest genug daran, dass eine freie Gesellschaft dafür wirklich gerüstet sei.

Was die politischen Akteure interessanterweise dabei mit Teilen der Finanzelite gemeinsam haben, ist ihre Neigung, sehr große Wetten mit dem Geld anderer Leute einzugehen. Während Händler bei den Banken mit dem Geld der Aktionäre und Sparer zocken, um sich selbst zu bereichern, tut die Politik das Gleiche, um harten Entscheidungen aus dem Weg zu gehen oder sie wenigstens in die Zukunft zu verschieben.

So ist mittlerweile festzustellen, dass die finanzielle Solidität des deutschen Haushalts von einer einzigen riesigen Wette abhängt: Gelingt die Eurorettung oder nicht? Dabei liegt mehr als eine Billion Euro auf dem Spieltisch. Was ist, wenn diese Wette nicht aufgehen sollte? Ist unsere Demokratie stabil genug?

Der Geist der »Political Correctness« dräut dabei über allem. Sprechverbote, Sprachverbote, Denkverbote haben sich wie eine Schere in den Kopf der Bürger der westlichen Republiken eingeschlichen. Was alternativlos ist, darf nicht kritisiert werden. Wer es doch tut, findet sich schnell außerhalb der twitternden und chattenden Klasse wieder. Die Griechen hatten dafür einen Begriff: Ostrachismos, Scherbengericht.

Deshalb ist es notwendig und an der Zeit, den Angriff auf die Freiheit beim Namen zu nennen und die Auseinandersetzung dahin zurückzuführen, wo sie hingehört: Wollen wir frei sein und uns aus – wie Kant es formulierte – »selbstverschuldeter Unmündigkeit befreien«? Oder wollen wir interessengeleiteter Machtpolitik mit ihrer ganz

eigenen und eigennützigen Agenda erlauben, diese Freiheit Stück für Stück abzubauen? Diese Entscheidung trifft jeder Einzelne für sich.

Auch Sie!